

Ein Griff, um die Dinge zu bewegen

Bei der Frage, wie die politischen Entwicklungen und besonders der Aufschwung der AfD einzuordnen sind, bleibt der Faschisierungsbegriff weiterhin notwendig

Von Klaus Weber

Der Begriff der »Faschisierung« für die national und international stattfindenden Prozesse hin zu einer autoritären, diktatorischen und/oder anderen antidemokratischen Form im Rahmen der kapitalistischen Ökonomie wird kontrovers diskutiert. Man könnte sagen, es sei doch egal, wie wir das, was gerade passiert, bezeichnen. Wichtig ist einzig und allein der antifaschistische Kampf! Doch wogegen wird da »gekämpft«? Ich halte es mit Bertolt Brecht, der in den »Flüchtlingsgesprächen« schreibt: »Die Begriffe, die man sich von was macht, sind sehr wichtig. Sie sind die Griffe, mit denen man die Dinge bewegen kann.«¹ Wer also von Antifaschismus spricht und entsprechend handelt, muss wissen, wogegen er sich wendet.

Sebastian Friedrich empfiehlt in seinem außerordentlich lesenswerten Beitrag über die innerparteilichen Kämpfe der AfD ([»Ideal für die autoritäre Formierung«, junge Welt vom 8.4.2026](#)) Reinhard Opitz' Begriff der »Formierung« als begriffliches Analyseinstrument und lehnt den Faschisierungsbegriff als Kategorie ab. Seine Argumente: Erstens werde die »ernste Bedrohung« durch einen »autoritären Kapitalismus«, der »mit der AfD besonders leicht zu machen wäre«, mit dem Faschisierungsbegriff »nur unzureichend erfasst«. Zweitens sei er politisch »problematisch, weil Faschismus oder Faschisierung im Alltagsverstand mit dem historischen Faschismus und in Deutschland mit der Nazidiktatur verbunden ist«. Drittens sei er analytisch nicht zu gebrauchen, weil er »die noch vorhandene Offenheit der politischen Entwicklung unsichtbar macht«.

Bedrohungslage

Nicht berücksichtigt werden von Friedrich gegenteilige Bestimmungen wie in meinem Eintrag »Faschisierung« im »Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus«², wo der Begriff gerade durch seine Offenheit für Zukünftiges definiert wird: »Der Begriff (...) wird verwendet, wo *Übergänge* bürgerlicher Demokratien zu faschistischen Diktaturen (bzw. faschistischen Staaten) beschrieben (...) werden. (...) Das Changieren zwischen einem Gerade-Noch demokratischer Regelung und dem Noch-Nicht faschistischer Politik macht gerade die Spezifik des Faschierungs-Begriffs: Mit ihm können Entwicklungen und Prozesse dort analysiert werden, wo es noch keinen Faschismus gibt.«

Zum Begriff des »Alltagsverstands« ist anzumerken, dass er durch Antonio Gramsci in die politisch-philosophische Diskussion eingebracht wurde. In den

Gefängnisheften (Paragraph 12, 1376)³ betont der italienische Philosoph die Notwendigkeit der kritischen Ausarbeitung des Alltagsverstands, der »zufällig und zusammenhanglos ist«, solange nicht marxistische, organische Intellektuelle in den politischen Bewegungen und Parteien daran arbeiteten, ihn »kritisch und kohärent« zu machen. Es geht Gramsci darum, auf den Alltagsverstand dahingehend einzuwirken, dass den Menschen politische Zusammenhänge und Hintergründe klarer werden. Er wendet sich damit gegen ein Bewusstsein, das sich mit der oberflächlichen Beschreibung politischer, ökonomischer oder sonstiger Sachverhalte zufriedengibt. Gramsci wendet sich entsprechend auch gegen ein »Vertrauen auf die Massen«, denen die Kommunisten zu folgen hätten.

Zudem ist Friedrichs Argument deswegen problematisch, weil wir bei aktuellen rechten Vordenkern und politischen »Führern« (Höcke) tatsächlich auch positive Bezüge bzw. Relativierungen des deutschen Nazismus und des italienischen Faschismus finden können. Warum die »ernste Bedrohung« durch den Faschisierungsbegriff nicht erfasst werden kann, wird von Friedrich nicht erklärt, lediglich behauptet. Aber der Bezug auf den historischen Faschismus, der auch bei Höcke und Co. zu finden ist, zeigt sehr deutlich die Bedrohungslage, die im Faschisierungsbegriff mitgedacht wird.

Staat rüstet auf

Der Vorschlag, Opitz' Formierungsbegriff zu verwenden, muss deshalb noch lange nicht falsch sein. Auch hier müssen wir die Argumente prüfen. Friedrich schreibt, mit ihm »lassen sich die Verdichtung autoritärer Tendenzen und die mögliche Einbindung der AfD ins Bestehende analytisch fassbar machen«. Es gehe beim Formierungsbegriff »im Kern darum, die kapitalistische Reintegration von Unzufriedenheit zu fassen«, weil »politische Herrschaft zuverlässiger gesichert sei, wenn sie nicht auf Gewalt, sondern auf freiwilliger Zustimmung der Beherrschten basiert«. Formierung der Gesellschaft und ihrer Subjekte sei nicht Faschismus. Aber dieser werde wahrscheinlicher, »wenn die Formierung nicht gelingt«.

Allerdings bestimmt Friedrich das »Bestehende« nicht inhaltlich. Meint er eine Annäherung zwischen CDU/CSU und AfD (die längst stattfindet und mit Manfred Weber, Jens Spahn und Julia Klöckner einflussreiche Befürworter im christdemokratischen Lager hat)? Oder meint er etwa die Zustimmung der AfD zu Privateigentum an Produktionsmitteln und Immobilienbesitz? Und wieso eignet sich zur Beschreibung einer »Verdichtung autoritärer Tendenzen« der Formierungsbegriff, der im Gegensatz zu Faschisierung inhaltsleer ist und in keiner Weise Bezug auf den historischen Faschismus nimmt, besser?

Friedrich übersieht, dass Opitz den Formierungsbegriff explizit für die Nachkriegszeit unter Kanzler Ludwig Erhard ausarbeitete. Erhard, der »die pluralistische Gesellschaft durch eine marktwirtschaftskonforme Ordnungspolitik überwunden«⁴ glaubte, hat gewusst, dass der innere Feind (Gewerkschaften, linke Parteien) einer von Banken und Industriekonzernen gestützten »formierten Gesellschaft« ruhiggestellt und, wenn nötig, zerschlagen werden muss. Mit der Notstandsverfassung, der auch die SPD zustimmte, hat er dafür das notwendige politische Mittel geschaffen. Wenn Opitz über die

Weimarer Zeit und die damalige »Formierung« schreibt⁵, verwendet er Faschisierung durchaus selbst als Begriff.

Reicht es aus, mit dem Formierungsbegriff die »kapitalistische Reintegration von Unzufriedenheit« zu beschreiben? Und ist es analytisch richtig zu behaupten, Faschismus werde wahrscheinlicher, wenn Formierung nicht gelingt? Auch hier wäre auf Gramsci zurückzugreifen, wenn dieser vom »integralen Staat« spricht: »Staat = politische Gesellschaft + Zivilgesellschaft, das heißt Hegemonie, gepanzert mit Zwang« (Paragraph 88, 783). Die bürgerliche Gesellschaft als Form, welche den Kapitalisten eine optimale Profitrate⁶ verspricht, ist immer eine Mischform aus Gewalt/Terror und ideologischen Formen, durch die sich die Ausgebeuteten freiwillig einordnen. Die geschlossene bürgerliche Phalanx von AfD bis Bündnis 90/Die Grünen (wie Ingar Solty den bürgerlichen Block bezeichnet, [vgl. junge Welt vom 23.4.2026](#)) arbeitet seit Jahrzehnten daran, den innerstaatlichen Polizei- und Überwachungsapparat auszubauen, während die staats- und kapitalkritischen, emanzipatorischen Bewegungen immer »friedlicher« in ihren Aktionen geworden sind. Stephanie Bart, die einen Roman über die Hetze gegen die RAF geschrieben hat, machte in einem [ND-Interview vom 4. Mai 2024](#) deutlich, wie sehr der bundesdeutsche Staat für die innere Feindbekämpfung bereits aufgerüstet hatte, während das Gewaltpotential der kritischen Menschen im Land immer kleiner wurde: »Es gab eine Hochphase gewalttätiger Aktionen von seiten der Demonstrierenden etwa um 1967, und die Gewalt nimmt seit dieser Zeit kontinuierlich ab. Aber die Ausrüstung der Polizei, ihre Befugnisse und ihr Personal nehmen kontinuierlich zu. Die rüsten einfach immer auf, unabhängig davon, wie viel Gewalt ihnen von linken Demonstranten entgegenschlägt.«⁷

Der Faschisierungsbegriff eignet sich auch deswegen, da der deutsche Faschismus kein Phänomen war, das sich durch Adolf Hitlers Biographie oder mit den üblichen Phrasen von der Zerstörung der Demokratie erklären lässt. Vielmehr fand eine Machtübergabe des bürgerlichen Blocks an die NSDAP statt. In welcher Art und Weise Formierung und Faschisierung sich zur Analyse sinnvoll ergänzend nutzen lassen, müsste die weitere Diskussion zeigen.

Noch ein Wort zu Opitz: Seine »Analyse«, wie den Subjekten die Unter- und Einordnung »allesamt in die Köpfe hineingepumpt« wird, ist ebenso wenig brauchbar wie seine Darstellung von Dimitroffs Faschismusdefinition (Faschismus als »die offene terroristische Diktatur der am meisten reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals«) als »die bisher gültigste Formel«. Doch auch wenn manches an Opitz' Darstellungen kritikwürdig ist: Erhellend sind seine Formierungsaufsätze und -reden schon deswegen, weil die Bundesrepublik unter Adenauer und Erhard den Klassenkampf gegen die »inneren Feinde« aufnahm und Opitz Unmengen an Material des politischen Gegners so aufbereitet, dass klar wird: Die Faschisierung der BRD beginnt mit der US-Doktrin, dass nach der Kapitulation des faschistischen deutschen Staats nun die UdSSR als der eigentliche Hauptfeind zu bekämpfen sei.

Offene Entwicklung

Der linke Soziologe und gewerkschaftsnahe Forscher Klaus Dörre schrieb in [Sozialismus 2/2026](#) einen Beitrag zum Thema der Verankerung AfD-naher Kolleginnen und Kollegen und deren Organisationen in betrieblichen Gremien (vornehmlich Betriebsrätinnen und -räte aus der Metallbranche). Bereits in der Überschrift »Perspektivwechsel in der ›Faschisierungs‹-Debatte« klingt eine Kritik am Faschisierungsbegriff an.

Dörre nennt drei Kritikpunkte, um zu zeigen, dass er »mit dem Begriff wenig anfangen kann« und es für »problematisch« hält, »ihn auf aktuelle Entwicklungen anzuwenden«. Erstens impliziere der Begriff, »dass bereits feststeht, was Faschismus im 21. Jahrhundert bedeutet«. Er bezieht sich auf Ernst Bloch, von dem er glaubt, auf ihn lasse »sich der Faschisierungsbegriff zurückführen«. Laut Dörre habe er »den historischen Faschismus vor Augen« gehabt, als er sich philosophisch und gesellschaftskritisch damit befasste. Zweitens fehle ein »klar identifizierbarer Zielpunkt, auf den eine Faschisierung hinauslaufen könne«. Drittens werde der »Exodus der Humanität« nicht nur von »faschistischen Formationen« (was soll das sein?) betrieben: »Nicht jede Diktatur ist eine faschistische.«

Zum ersten Punkt ist zu sagen, dass Ernst Bloch sein Werk »Erbschaft dieser Zeit«, das zentral ist für seine Beschäftigung mit dem Faschismus, Ende der 1920er Jahre und bis 1934 geschrieben hat. Bloch hat die Bewegungsphase der NSDAP, die Übernahme des Staatsapparates durch die Nazis und ihren anfänglichen Terror erlebt, aber nicht den »entwickelten« Faschismus und den Kriegsfaschismus. »Vor Augen gehabt« hat er, der am 6. März 1933 nach Zürich floh, die Zeitungen und manche Kassiber aus dem »Reich«, die ihn über die Veränderungen in Deutschland informierten. Nicht nur hatte also Bloch den historischen Faschismus nur teilweise vor Augen, auch ist Dörres Argument, dass der Faschisierungsbegriff »impliziert«, »was Faschismus im 21. Jahrhundert bedeutet«, bei genauer Betrachtung kein Argument, sondern eine Behauptung, die nicht begründet wird. Dabei ist im Faschisierungsbegriff immer eine gewisse Offenheit und Dynamik impliziert, was bereits durch den Suffix »-ierung« angezeigt wird. Mitnichten wissen wir deswegen bei seinem Gebrauch schon, was genau auf uns zukommt.

Wenn wir genau wüssten, worauf das, was im Augenblick passiert, hinauslaufen wird, wären wir Hellseher. Allerdings können wir aus vorliegenden Daten, gegenwärtigen Situationen und Ereignissen begründete Vermutungen darüber aufstellen, was sich zukünftig ereignen wird. Wenn wir von Björn Höcke hören, dass »Remigration« (und er meint damit die »Reinigung« des deutschen Volkskörpers von »rassefremden« Elementen) auch dazu führen wird, dass »wir ein paar Volksteile verlieren werden, die zu schwach oder nicht willens sind, sich der fortschreitenden Afrikanisierung, Islamisierung (...) zu widersetzen«⁸, dann läuft das auf nichts anderes als die Vernichtung »innerer Feinde« hinaus, wenn die AfD an die Macht kommt. Des weiteren finden wir bei Höcke Ideen eines »Führertums«, die Vorstellung einer homogenen Volksgemeinschaft, zu deren Zweck innere und äußere Feinde bekämpft werden müssen, Loblieder auf Deutschland vor 1945 (»unser einst intakter Staat«, »unsere einst schöne Heimat«, »unsere einst stolzen Städte« vor der »nach 1945 begonnenen systematischen Umerziehung«), die

Verherrlichung Mussolinis (schließlich »schätzten die Italiener am Faschismus die Trockenlegung der Sümpfe, die guten Straßen und die pünktlichen Züge«) und Anleihen bei Heidegger sowie Carl Schmitt (»Feind ist, wer den Interessen der Nation entgegensteht (...), ganz im Sinne von Carl Schmitt«). Es ist wenig vermessen anzunehmen, dass die Umsetzung all dieser Ziele dazu führen wird, dass es nicht nur Lager für Flüchtlinge an den europäischen Außengrenzen geben wird (denen der gesamte bürgerliche Block inklusive Grünen und BSW zustimmte), sondern auch Lager im Inneren. Wer das nicht anzunehmen wagt, dem sei gesagt: Bereits im März 1933, nicht einmal zwei Monate nach der Machtübergabe an Hitler und die NSDAP, wurde das Konzentrationslager Dachau mit großem Presserummel »eröffnet«.

Zu Dörres drittem Punkt: Was immer er unter der idealistisch-theologischen Formulierung eines »Exodus der Humanität« verstehen mag, Faschisierung bezeichnet als politische Kategorie weniger den Verlust an humanen Werten denn die Zerstörung der bürgerlichen Demokratie und die Entwicklung hin zu einer Diktatur. Nicht nur ließe sich von marxistischer Warte aus Kritik an einem abstrakten Humanitätsbegriff üben, auch der Exodusbegriff ist falsch gewählt, geht es doch in der hebräischen Bibel um den jüdischen Auszug unter Mose aus der ägyptischen Sklaverei und insofern um eine Befreiungs- und keine Vertreibungserzählung.

Wider die Begriffsentleerung

Was an Sebastian Friedrichs *jW*-Beitrag explizit herausgehoben und an Klaus Dörres Beitrag kritisiert werden muss, ist der Umgang mit Begriffen wie »Rechtsruck« oder »Rechtsentwicklung«. Friedrich verzichtet weitgehend darauf (er schreibt von »Rechtsverschiebungen« innerhalb der AfD und nennt sie eine »rechte bzw. extrem rechte Partei«); Dörre nimmt einen Rechtsruck als gegeben an. Wieso ein linker Soziologe von einem plötzlichen »Ruck« schreibt, obwohl seit mehreren Jahrzehnten eine Entwicklung stattfindet, bei der Polizei, Verfassungsschutz und Militär aufgerüstet werden, gegen kritische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler nicht nur Berufsverbote verhängt werden, sondern die Lehre selbst auf praxisnahe, für das Funktionieren von Wirtschaft und Staat relevante Themen getrimmt wird usw., ist mehr als fragwürdig.

Generell werden die Begriffe »links« und »rechts« in Bezug auf politische Inhalte immer inhaltsleerer. Es handelt sich um Kategorien mit einer semantischen Fülle, sie können also viele Bedeutungen annehmen. Mit einer ausschließlichen Rechts-Links-Anordnung des Politischen im Denken wird letztlich die Annahme zweier extremer Enden und damit die Hufeisentheorie der bürgerlichen Politologie bestärkt – dadurch lassen sich dann emanzipatorische Bewegungen mit Neonazis gleichsetzen. Politisch konkretere Inhalte (völkisch, nationalistisch, emanzipiert, homophob, kapitalismusaffin, systemstabilisierend, antikapitalistisch etc.), die selbstverständlich auch umstritten sein können, können in der bloßen Rechts-Links-Dichotomie untergehen. Wie »leer« und redundant die Richtungs-begriffe werden, zeigt ein Zitat aus Reinhard Opitz' Artikel »Was ist rechts? Was sind Rechtstendenzen?« (1980 in den *Marxistischen Blättern* erschienen, [auszugsweise in der jungen Welt vom 23.4.2026 abgedruckt](#)): »Eine Rechtsentwicklung wäre die Summierung von Rechtstendenzen und wachsendem Einflussgewicht der

Rechtskräfte zu einem innenpolitisch dominanten, die Kräfteverhältnisse veränderndem Trend.« Kein Wort über Kapitalfraktionen, nichts über die Nationalisierung sozialer Widersprüche, die Rassifizierung von Klassenkonflikten oder das Anknüpfen ordo- und neoliberaler Konzepte an Theoreme der Naziideologie.

Der Begriff der Faschisierung, der sich sowohl auf Inhalte als auch auf Formen der historischen Faschismen ebenso beziehen muss wie auf die Funktion eines faschistischen Staats für das reibungslose Profitmachen der verschiedenen Kapitalfraktionen, benötigt keine Links-Rechts-Schematik. Er benennt konkret die strukturellen Ähnlichkeiten bzw. Gleichheiten politischer, sozialer, ökonomischer, staatlicher etc. Prozesse und Dynamiken, die in den 1920er und 1930er Jahren zum Faschismus führten, mit dem, was wir heute analytisch aufzuschlüsseln in der Lage sind. Doch auch die Unterschiede und Neuerungen im Verhältnis zum historischen Faschismus sind bedeutsam: So ist der radikale Antifeminismus etwas Neues. Seine Grundlage, die in einem reaktionären Familienbild mit festgefügteten »natürlichen« Geschlechterrollen zu finden ist, ähnelt jedoch der Naziideologie.

Nichts gelernt?

Auch wenn wir wissen, dass der Faschismus im 21. Jahrhundert eine andere Form haben wird wie der aus dem letzten Jahrhundert, so sind zentrale Kernpunkte für beide gültig: die Orientierung auf politische Führer, die Abschaffung demokratischer Prozeduren und liberaler Rechte im Staat, die Regression zur bürgerlichen Kernfamilie mit »natürlichen« Geschlechterrollen inklusive eines aggressiven Antifeminismus, die Aufrechterhaltung des Privateigentums an Produktionsmitteln (und dessen Ausweitung durch Privatisierungen) und die diskursive und tatsächliche Ausgrenzung von »Volksfremden«, »Volksschädlingen« (Juden, aber auch Obdachlose, Behinderte und andere Außenseiter). Zentral ist m. E. der Vernichtungskern des alten und neuen Faschismus, der sich auf ein Gegenvolk bzw. auf eine als Andere (Nichtdeutsche) konstruierte Gruppe von Menschen bezieht.

Man könnte – ähnlich wie die *New York Times* bei der Frage, ob das Trump-System noch demokratisch oder bereits autokratisch sei, vorging ([»Are We Losing Our Democracy?«, 31.10.2025](#)) – jeweils für einzelne staatliche und gesellschaftliche Bereiche inhaltliche Abwägungen vornehmen und den Grad der Faschisierung in Deutschland darüber besser beurteilen. Im Bereich der Flüchtlingspolitik treibt die AfD mit ihren Remigrationsphantasien alle anderen Parteien außer der Linkspartei vor sich her, weswegen es jetzt bereits zu realer Ausgrenzung, zu immer mehr brutalen Abschiebungen kommt und Flüchtlinge in Lagern (bevorzugt in den nordafrikanischen Staaten) zusammengepfercht werden – entsprechend hoch ist der Faschisierungsgrad bereits. Im ökonomischen Bereich sind die Kapital- und Wirtschaftsverbände noch zurückhaltend, was die Unterstützung der AfD oder eine Zusammenarbeit des bürgerlichen Blocks mit der AfD betrifft – man könnte von einem niedrigen Faschisierungsindex sprechen. Allerdings wagten der Verband »Die Familienunternehmer« und einzelne kleine und mittlere Unternehmen schon Vorstöße zur Normalisierung der AfD. Insgesamt ist der Weg von der »vermittelnden Herrschaft« (Einbeziehung der Lohnabhängigen unter anderem über demokratische Prozesse, Betriebsratswahlen etc.) hin zur »direkten

Herrschaft« des Kapitals in Deutschland noch nicht beschränkt – anders als in den USA, wo Kapitalisten und Milliardäre die politischen Machtpositionen immer öfter selbst besetzen. Mit Opitz könnte man sagen: Die Formierung über die minimal vorhandene »soziale Marktwirtschaft« funktioniert in der BRD noch. Erst wenn die Integration der Ausgebeuteten nicht mehr funktioniert, gehen Kapital und Staat zur direkten Herrschaft über.

Heute schreiben sich viele, die auf Anti-AfD-Demonstrationen zu sehen sind, die »Rettung der Demokratie« auf die Fahne. Ignoriert wird dabei, dass die Nazis durch demokratische Prozesse und mit Hilfe bürgerlicher Politiker an die Macht kamen, dass die bürgerliche Demokratie also die Brutstätte des alten wie eines neuen Faschismus ist.

Der SPD-Ortsverein in meiner Nähe bewirbt eine Veranstaltung über die Gefahren durch die AfD mit dem Titel: »Wie gefährdet ist das Vertrauen in die Demokratie?« Kein Wort über die ökonomischen und sozialen Verhältnisse, die zu den Ursachen der Faschisierung zu zählen wären, kein Wort zur Frage, was denn das für eine Demokratie ist, von der die Bürgerinnen und Bürger kaum mehr etwas erwarten. Es wird noch nicht einmal die Frage gestellt, warum diese parlamentarische Demokratie denn gefährdet ist. Die SPD-Frage nach dem Vertrauen in die reale Form einer Staatsform, deren demokratische Elemente an den Schul- und Hochschulportalen ebenso enden wie an den Toren der Produktions- und Verwaltungsstätten, ist Teil der analytischen wie praktischen Hilflosigkeit einer Partei, welche nichts mehr wissen will vom Zusammenhang von bürgerlicher Demokratie, kapitalistischer Produktionsweise und faschistischer Herrschaft.

In dieser Lage muss der solidarische Streit um die Begriffe ausgetragen werden. Alle, die sich daran beteiligen, sollten sich dabei das Diktum Max Horkheimers in Erinnerung rufen: »Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen.«

→ Anmerkungen

1 Bertolt Brecht: Flüchtlingsgespräche. In: Gesammelte Werke, Bd. 14. Frankfurt am Main 1967, S. 263

2 Klaus Weber: Faschisierung. In: HKWM, Bd. 4. Hamburg 1999, S. 142–146

3 Antonio Gramsci: Gefängnishefte, Bd. 1–10. Hamburg 1991

4 Reinhard Opitz: Die Formierte Gesellschaft – Rückkehr zum autoritären Staat? In: Ders.: Edition in drei Bänden, Bd. 2: Faschismus. Marburg 1966/1999, S. 14–39

5 Reinhard Opitz: Gedanken zum Thema »Formierung und Faschismus«. In: Ders.: Edition in drei Bänden. Bd. 2: Faschismus. Marburg 1966/1999, S. 119–140

6 Opitz definiert Formierung rein ökonomistisch: »F. ist nichts anderes als Herstellung rentabilitätsgerechter Verhältnisse. Damit haben wir die Formierung inhaltlich definiert.« (wie Anm. 5, S. 129)

7 Stephanie Bart: »Auf der flachen Hand im grellen Tageslicht«. Ein Gespräch mit der Romanautorin Stephanie Bart. *ND - Die Woche*, 5.5.2024

8 Björn Höcke: Nie zweimal in denselben Fluss. Lüdinghausen/Berlin 2019

→ Klaus Weber lehrte an der Münchner Hochschule für angewandte Sozialwissenschaft Psychologie. An dieser Stelle erschien von ihm zuletzt am 10. Oktober 2022 ein Beitrag über die gewerkschaftliche Beteiligung an der Sicherung einer »Heimatfront«: [»Formierung 2.0«](#)

<https://www.jungewelt.de/artikel/522410.faschismusdefinition-ein-griff-um-die-dinge-zu-bewegen.html>